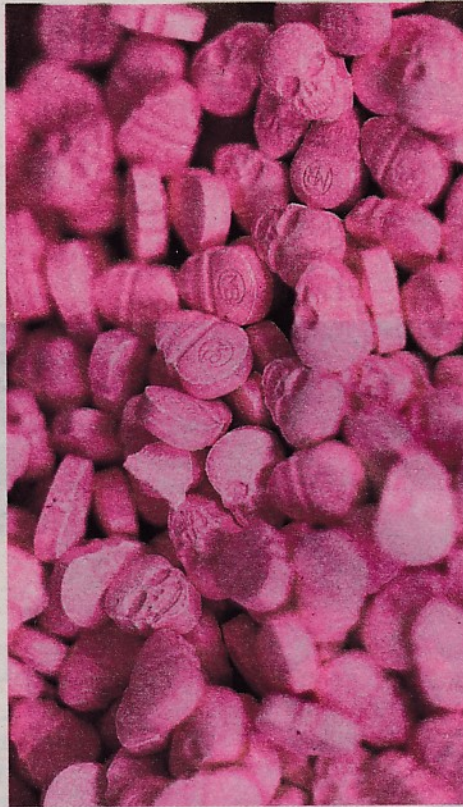


## Mit einem alternativen Suchtbericht übt ein Verein scharfe Kritik an der Drogenpolitik

MARIA HÄUSSLER

**G**ehen Jugendliche heutzutage verantwortungsvoller mit Drogen um? Sollte Drug-Checking auch vor Clubs stattfinden? Diese Fragen beantwortet der Verein Akzept bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen alternativen Drogen- und Suchtberichts. Der Vorsitzende Heino Stöver nennt Deutschland im Hinblick auf die Drogenpolitik ein „Entwicklungsland“. Einerseits würden in Deutschland viele Drogen konsumiert, andererseits würden die nationale Steuerung und ein Drogenpolitikplan fehlen.

Der Verein Akzept bezeichnet sich als Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik. Er setzt sich dafür ein, dass illegale Drogen wie Cannabis leichter zugänglich werden, während schädlichere legale Drogen wie Alkohol und Tabak eingeschränkt und Hilfesysteme ausgebaut werden. Der Verein veröffentlicht seit zehn Jahren einen Alternativen Drogen- und Suchtbericht. Anlass ist die Kritik am Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung: „Das war ein zahlloser Tiger“, sagt Stöver und



Ecstasy-Tabletten in Form von Totenköpfen liegen in einem Zolllamt.

OLIVER BERG/DPA

zwanzig bis dreißig Jahre hinterher“, sagt sie. Pritzens fordert integriertes Drug-Checking in Sucht- und Beratungsstellen, mobiles Drug-Checking vor Clubs und auf Festivals und Drug-Checking in Konsumräumen, da hier die Todesrate besonders hoch sei. Außerdem setzt sie sich für eine Senkung der Hürden bei den Behandlungen mit Opioid-Substitutionen ein, etwa mit Diamorphin: Eine Herabsetzung des Mindestalters von 25 auf 18 Jahre sollte eingeführt werden und der Nachweis einer sechsmonatigen erfolglosen Substitutionsbehandlung wegfallen.

Der Verein Akzept warnt aber auch vor Drogen und setzt sich für Einschränkungen ein: Gerade im Hinblick auf legale Drogen wie Alkohol und Tabak, Einweg-E-Zigaretten, Lachgas und das THC-Derivat HHC, das auch an Jugendliche verkauft werden kann. Bemd Weise, Mitgründer des Centre for Drug Research, spricht von einer „Absurdität der Drogenpolitik“. Während sich die Bundesregierung in Bezug auf Cannabis von einer vermeintlichen Sorge um Kinder und Jugendliche treiben lasse, werde hier zu wenig für den Jugendschutz getan.

meint, dass keine konkreten Handlungsempfehlungen daraus hervorgehen. Auch dass der Drogenbeauftragte keinen parlamentarischen Einfluss hat, kritisiert der Verband. Der Drogenbeauftragte könne zwar Themen anstoßen, sei aber nicht am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Die deutsche Drogenpolitik sei nicht „evidenzinformiert“, also wissenschaftlich. Der Verein setze sich für einen Arbeitsstab ein, der Handlungsvorschläge erarbeite, die auf

Forschungsergebnissen basieren. Im Bundesgesundheitsministerium gebe es keine eigene Abteilung für Drogen. Außerdem würden die Drogenhilfestrukturen bislang nicht in die Drogenpolitik einbezogen. Zu den Drogenhilfestrukturen gehört auch die Suchtberatungsstelle Vista, die Nina Pritzens an diesem Tag repräsentiert. Dass es inzwischen Drug-Checking in Berlin gibt, sei erfreulich. „Doch Deutschland hinkt anderen europäischen Staaten